

Antrag Nr.



Mitglied im Rat der Stadt Essen

Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Pass
Rathaus
45121 Essen

Bonifaciusstr. 257, 45309 Essen
Telefon (02 01) 55 63 23

27. Juni 2010

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Rat der Stadt	30.6.2010	Entscheidung

**15 Haushaltsberatungen
hier: Resolution zur Entschuldung der Stadt**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Paß,

wir beantragen folgenden Beschlußvorschlag:

Angesichts der „Vergeblichkeitsfalle“, nach der die Überschuldung der Stadt ohne Niederschlagung ihrer Schulden nicht mehr zu überwinden ist, spricht sich der Rat der Stadt Essen gegen die weitgehende Einstellung der Investitionen und Leistungen aus, mit der die Substanz der öffentlichen Infrastruktur und Gebäude, die soziale Lage und die notwendigen Angebote an die Menschen aufs Spiel gesetzt und die Zukunft der Stadt verspielt wird. Er beschließt, die Landesregierung aufzufordern,

- für eine Gemeindefinanzreform einzutreten, in der das Konnexitätsprinzip und eine Finanzierung der Aufgaben nach dem Bedarf der Stadt und nicht nach Finanzlage von Bund und Land verwirklicht werden, wie es Städtetage und viele Kommunalpolitiker seit langem fordern,**
- ein Zins- und Schuldenmoratorium für die Stadt Essen einzuleiten, das nicht zur Verschiebung oder zur Überbrückung durch andere Steuermittel, sondern zur Niederschlagung der immensen Schulden der Stadt führt.**

Dazu fordert der Rat die Verwaltung auf, die Zusammenarbeit mit anderen gleich oder ähnlich betroffenen Städten und Gemeinden in NRW zu verstärken.

Begründung

In letzter Zeit mehren sich auch von Seiten der Bürgermeister in NRW Forderungen in Richtung einer Neuregelung der kommunalen Finanzierung. Schon länger gehört die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform, die diesen Namen auch verdient, dazu. Inzwischen sind dabei aber auch Forderungen wie „notwendige kommunale Entschuldung“ oder „Entlastung von den Zinszahlungen“ nicht mehr tabu.

Nur folgen diesen Worten bisher keine entsprechenden Konsequenzen zum tatsächlichen Abbau und zur Niederschlagung der Schulden. Seit über 20 Jahren wird der Haushalt konsolidiert. Die Verschuldung der Stadt ist dennoch immer weiter angestiegen. Auch höhere Einnahmen wie die unerwartet hohe Gewerbe-

steuer in den letzten beiden Jahren konnten diese Entwicklung nicht stoppen.

Die Verwaltung ist gezwungen, über hohe Kassenkredite die Zinsen für die Investitionskredite aufzubringen. Die Essener Zinszahlungen sind eine Quelle der stetigen Verschuldung und zugleich der risikolosen Bereicherung der Banken. Die Zinsen dürften in den nächsten drei Jahren das angestrebte „Konsolidierungspotential“ übersteigen. Die Bürger sollen dafür bluten. Ein „Sparen“, lediglich um Bankzinsen zu bedienen, ist nicht hinnehmbar.

Investitionen werden auf nicht absehbare Zeit vertagt, was den substanziellen Verfall der Stadt beschleunigt. Der politische Handlungsspielraum und die kommunale Selbstverwaltung gehen gegen Null.

Die Krise der Kommunalfinanzen ist eine Strukturkrise, keine „Schieflage“. Die Überschuldung Essens hat systemische Ursachen in der Umverteilung der Staatsfinanzen, nicht in Fehlentscheidungen der Stadt. Z.B. dadurch, dass der Bund seinen Anteil an den Unterbringungskosten für Hartz IV-Empfänger erneut senkt und damit die Kosten für die Stadt weiter steigen.

Vom Gesamtsteueraufkommen erhalten die Städte und Gemeinden - seit Jahren rückläufig - gerade mal 13 Prozent. In Dänemark erhalten die Kommunen 40% des Steueraufkommens und sind damit weit von den Problemen deutscher Städte entfernt. Allein im Januar 2010 ging das Steueraufkommen der BRD um 25% gegenüber Januar 2009 zurück. Das kommunale Defizit ist bundesweit bei 15 Mrd. angelangt. Aber die Stadt hat keinen Einfluss auf die Steuerpolitik für ihre eigene Finanzierung. Außer bei der Änderung von Hebesätzen, die aber den Schuldenabbau genauso wenig bewirken können wie der Verzicht auf sämtliche sogenannten freiwilligen Leistungen.

Ein Schuldenmoratorium ist der einzige sichtbare und mögliche Ausweg aus dieser Situation. Die Niederschlagung der Schulden ist auch finanziell darzustellen und umzusetzen. Im Bundesdurchschnitt wurden die kommunalen Kredite ab 1950 schon 4,1-mal zurückgezahlt. Damit ist kommunale Entschuldung fiskalisch mehr als begründbar.

Die Kommunen gehören zum Land, insofern sind die Schulden der Stadt dort zu bündeln. Die Landesregierung muss die politische Verantwortung für die Niederschlagung der Schulden gegenüber den Banken übernehmen. Angesichts der riesigen Bürgschaften, gerade für die Banken, gibt es dafür auch die nötigen politischen Druckmittel.

Der Rat kann mit diesem Beschluss ein Zeichen setzen gegen die bisherige staatliche Umverteilungspolitik und den politischen Willen dokumentieren, dass es so nicht weiter gehen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Dietrich Keil